



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht über die aktuelle Situation in Flüchtlingsunterkünften

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zur aktuellen Situation in den ANKER-Einrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerberinnen bzw. Asylbewerber und zu gestellten Umverteilungsanträgen zu berichten.

Insbesondere ist dabei auf folgende Fragen einzugehen:

1. Wie ist die aktuelle Auslastung der Flüchtlingsunterkünfte?
2. Wie hat sich die Situation nach der Ankunft ukrainischer Geflüchteter nach dem 24.02.2022 entwickelt?
3. Welche Entwicklung erwartet die Staatsregierung für 2023?
4. Wie viele Umverteilungsanträge gab es 2021 und 2022?
5. Was waren die Gründe für die Beantragung? Werden diese erfasst?
6. Was wird bei Häufung von genannten Gründen seitens der Staatsregierung unternommen?
7. Welche Personengruppen haben überdurchschnittlich oft Anträge gestellt?
8. Welche Nationalitäten haben überdurchschnittlich oft Anträge gestellt?
9. Wie vielen Anträgen wurde im genannten Zeitraum stattgegeben? Wie viele Anträge wurden abgelehnt?
10. Was sind die Gründe für die Ablehnungen?
11. Wohin wurden Antragstellerinnen bzw. Antragsteller verlegt? Gab es konkrete Wünsche?
12. Welche Alternativen gibt es für Antragstellerinnen bzw. Antragsteller bei Ablehnung von Anträgen?

Begründung:

Anträge auf Umverteilung von Geflüchteten in den Flüchtlingsunterkünften haben sehr diverse Ursachen. Sie vermitteln notwendige Erkenntnisse über die Situation in Gemeinschaftsunterkünften, um das Zusammenleben maßgeblich zu verbessern, Minderheiten zu schützen und Straftaten zu vermeiden und damit präventiv zu agieren. Die Überlastung der Aufnahmeeinrichtungen und Anschlussunterbringungen kann durch

eine rasche Bearbeitung der Umverteilungsanträge behoben werden. Zahlreiche Geflüchtete sind auszugsberechtigt oder möchten zu ihren Verwandten und Familien ziehen. Hier ist es notwendig, die Zahlen zu kennen und im Blick zu haben, um eine Überlastung der Unterkünfte zu vermeiden.